

DIE LINKE.

RENSBURG-ECKERNFÖRDE

DIE LINKE, Kreistagsfraktion, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg

An den

Kreispräsidenten des
Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Lutz Clefsen

- im Hause -

Kreistagsfraktion
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

Telefon 04331 / 202564
Fax 04331 / 202107
E-Mail: buero@linksfraktion-rd-eck.de

Rendsburg, den 24.06.2010

Kreistagssitzung am 28.06.2010

TOP 5, Haushaltskonsolidierungskonzept, hier lfd. Nr. 23

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

im Namen der Fraktion DIE LINKE. im Kreis Rendsburg-Eckernförde stelle ich folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Lfd. Nr. 23 der Anlage 2 (Volkshochschulen / Teilhaushalt 271101, S. 234) wird ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Etwa 1000 Volkshochschulen (VHS) gibt es in Deutschland, ein kultureller Reichtum ohne Gleichen. Die Geschichte der VHS ist eng mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften verbunden. Der Anspruch daraus war stets: Bildungsbenachteiligung auszugleichen und Menschen zur Teilhabe an Kultur und Politik zu befähigen. Damit waren und sind die VHS eine treibende Kraft für die Demokratie in Deutschland. In einer Grundsatzklärung des Deutschen Städtetages zu den Aufgaben der kommunalen VHS 1969 heißt es: „Die VHS ist ein fester Bestandteil des Bildungsangebotes“, weiterhin hat die VHS die Aufgabe, ein umfassendes, fachlich und regional differenziertes und ausgewogenes Weiterbildungsangebot gem. §§ 1 und 2 Weiterbildungsgesetz zu erstellen. Es orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen und am gesellschaftlichen Bedarf und

ermöglicht allen Einwohnerinnen und Einwohnern, auch den Bildungsbenachteiligten, den Zugang zur Weiterbildung.

Die Aufrechterhaltung dieses Bildungsangebotes, speziell für den so genannten „einfachen Bürger“ kommt dem Kreis und den Kommunen billiger, als dessen aufwendige Renovierung zur nachträglichen Reparatur.

Die Bildung ist für die Menschen ein enorm wichtiges Gut, für das es sich einzusetzen lohnt.

Laut Artikel 26 der Menschenrechte hat jeder das Recht auf Bildung. Des Weiteren sagt dieser Artikel aus, dass Fachunterricht allgemein verfügbar gemacht werden muss. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung von den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen den Nationen und allen rassistischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein. Allgemein verpflichtet der Artikel die Staaten, in ihrem Budget darauf zu achten, dass genügend Geld in die Ausbildung fließt und Schulen eine ausreichende Einrichtung erhalten.

Dieses Gesetz hat die Bundesrepublik im Rahmen des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 09. Oktober 1968 unterzeichnet.

Diverse Untersuchungen machen deutlich, dass in Deutschland die Bildungschancen stark durch die soziale Schicht bestimmt sind.

Nur 17 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien besuchen eine Hochschule. Die Wahrscheinlichkeit eine Hochschule zu besuchen, sinkt parallel zum Einkommen der Eltern.

Da Volkshochschulen ebenfalls unter dem Gesichtspunkt dieses Artikels fallen, können und dürfen wir Kürzungen in diesem Bereich nicht stattgeben.

Mit freundlichen Grüßen



Daniela Asmussen
Fraktionsvorsitzende